

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizeiliger Pettzelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Staatliche Mittel für den Kleinwohnungsbau.

Ohne Zweifel ist die Sorge für gesunde Wohnungen eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Kulturstaates. Wer da weiß, welchen Einfluß die Wohnverhältnisse auf das körperliche und geistige Wohlergehen sowie auf die Sittlichkeit eines Volkes ausüben, der kann es nur mit tiefem Bedauern sehen, daß die große Masse des deutschen Volkes in Wohnungen hausen muß, die man eher Höhlen und Speuküsten nennen sollte. Glücklicherweise macht sich überall in Deutschland das Bestreben bemerkbar, eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der Unterjochten anzubahnen. Es haben sich Wohnungsbauvereine gebildet, um dem Mangel an gesunden, billigen Kleinwohnungen abzuhelfen; verschiedene Städteverwaltungen, die hinreichend soziale Einsicht besitzen, sind eifrig bemüht, eine vernünftige, volkswirtschaftliche Wohnungspolitik zu treiben, und namentlich hat auch die preussische Regierung einen lobenswerten Schritt in dieser Richtung getan. Sie hat nämlich den Entwurf eines Wohnungsgesetzes eingebracht, worin von Staats wegen 20 Millionen Mark zur Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit bereitgestellt werden sollen. Außerdem werden weitere 10 Millionen Mark jährlich auf 10 Jahre zur Verfügung gestellt, die als zweite Hypothek für die Herstellung gesunder Kleinwohnungen bestimmt sind. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Abgeordnetenhaus diese Summen bewilligen und dadurch einen Anfang machen mit der staatlichen Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbauens in Preußen.

Gegen beide Gesetzesvor schläge wendete sich aber sofort der „Schutzverband für deutschen Grundbesitz“ in Berlin, die Organisation des rüchständigen Hausagrarierturns, in einer Eingabe, die um eine Ablehnung dieser Anträge eruchtet. Offenbar erblicken die Hausagrarier in der Unterjochung des Kleinwohnungsbauens eine empfindliche Konkurrenz. Man kann es deshalb wohl verstehen, wenn sie im Interesse ihres Geldbottels bestrebt sind, sich diese Konkurrenz vom Halbe zu halten; aber verurteilen muß man es, daß sie sich hierbei heuchlerischerweise in den Mantel des Allgemeinwohls hüllen und das Interesse der Allgemeinheit vorziehen, obwohl es sich in Wirklichkeit um ihren eigenen Vorteil handelt. Darum erachtet es angebracht, ihre Gründe einmal unter die Lupe zu nehmen.

Zunächst bestreitet die Eingabe, daß überhaupt ein Bedürfnis für den Bau gesunder Kleinwohnungen bestehe. Es seien genug solcher Wohnungen vorhanden, und wenn in einzelnen Orten ein Mangel nach dem Kriege bemerkbar werden sollte, werde schon die private Bautätigkeit schnellstens für Abhilfe sorgen. Da überall reichlich Kleinwohnungen vorhanden seien, die den gesundheitlichen Anforderungen entsprächen, so erfordere es die Rücksichtnahme auf die Hausbesitzer, daß das im städtischen Grundbesitz verbliebene bedeutende Stück deutsches Volkvermögen gegen dauernde und nachhaltige Entwertung geschützt werde. Das heißt also, die große Masse des Volkes soll auch weiterhin in engen, gesundheitschädigenden Wohnungen sein Leben wüten und den Hausagrarier den hohen Zins zahlen, damit diese Leute nach wie vor ihr arbeitsloses Einkommen weiterbezahlen können. Man müßte die Augen vor dem himmelstreichenden Wohnungselend verschließen, das uns in den allermeisten Städten entgegenwinkt, und man müßte kein Verständnis haben für die Notwendigkeit solcher Abhilfe, wenn man das Recht der Hauskapitalisten auf anständige Verzinsung ihres Kapitals höher stellen wollte, als das Recht des werttätigen Volkes auf eine Wohngelegenheit, die den Anforderungen der Gesundheit und der Sittlichkeit entspricht.

In der Eingabe wird dann ferner die Behauptung aufgestellt, daß durch die Verwendung von Staatsmitteln für die allgemeine Wohnungsfürsorge die Gefahr einer Wohnungsnot vergrößert, ja zum Teil erst hervorgerufen werde,

Dennoch dadurch, daß Beamtenwohnungen entstanden, die mit besonderem Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit arbeiteten, würde das private Baukapital vom Wohnungsmarkt verjagt, weil es die Lust verliere, unter so ungünstigen Bedingungen zu konkurrieren. Auf diese Weise werde es ausgeschaltet und keine gemeinnützige Wohnungsherstellung werde ausreichen, um dem Eintreten einer Kleinwohnungsnot dauernd vorzubeugen. Wenn der Schutzverband glaubt, die Anhänger und Förderer einer sozialen Wohnungspolitik dadurch zu führen zu können, daß er den Streif der Hausagrarier und eine in der Zukunft einsetzende Kleinwohnungsnot als Schreckgespenst an die Wand malt, so irrt er sich darin. Wir sind nämlich überzeugt, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen und daß das gemeinnützige Wohnwesen infolge einer staatlichen und gemeinlichen Förderung des Kleinwohnungsbauens sowie durch die Tätigkeit der Genossenschaften eine solche Ausdehnung erreichen wird, daß das private Baukapital entbehrlich sein wird. Nach der Appell an die Sparbarkeit zieht bei uns nicht. Es ist allerdings richtig, wie die Eingabe sagt, daß an die Finanzkraft der Staaten und an die Steuerkraft der Staatsbürger nach dem Kriege ungeheure Anforderungen gestellt werden; aber es läßt sich nicht einsehen, warum gerade das so wichtige Wohnwesen darunter leiden sollte.

Einen Hauptwurmpf spielt der Schutzverband aus, indem er der Verwendung von staatlichen Mitteln für den Kleinwohnungsbau gegenüber „grundtägliche Bedenken“ äußert. So wenig wie man im Frieden für weite Kreise des Volkes aus den Gesamtsteuerleistungen die Beschaffung geeigneter Kleidung und Nahrung bewirken kann, ebenso wenig kann man die Beschaffung geeigneter Wohnungen für die minderbemittelten Kreise als solche und ohne Rücksicht auf ihr Dienst- und Arbeitsverhältnis zum Staat durch Staatsgelder fördern wollen, wenn man nicht gegen den obersten Grundsatz jedes geordneten Staatswesens verstößt will, daß jeder Bürger im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften selbst für die Befriedigung seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse Fürsorge zu treffen hat.

Diese in Theorie und Praxis längst überwundene Auffassung, daß der Staat sich um die wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Bürger nicht zu kümmern habe, sondern ihre Befriedigung jedem einzelnen überlassen müsse, hat für die Gegenwart keine Beweiskraft mehr. Der Staat hat sich wohl die Aufgabe, planmäßig und bewußt für alles das Fürsorge zu treffen, was für die Gesundheit und die Sittlichkeit eines Volkes von Bedeutung ist. Der neue Staatsgedanke, der dem alten „Nachwächterstaat“ den Todesstoß versetzt hat, verlangt geradezu eine Lösung des Wohnungsproblems durch ein staatliches Eingreifen. Dagegen wird sich das privatrechtliche Hausagrarierturn vergebens zur Wehr setzen. Es hat die richtige Ahnung von dem künftigen Gang der Dinge, wenn es in dem Vorgehen der preussischen Regierung nur den ersten Schritt auf dem neuen Wege erblickt, auf dem ein Weitererschreiten gar nicht zu vermeiden sei, aber es hat unrecht, wenn es meint, daß hierdurch unser Wirtschaftsleben immer ungesunder werde. Gerade das Gegenteil wird der Fall sein. Eine solch ungemein wichtige Angelegenheit, wie die Fürsorge für gesunde Kleinwohnungen, muß den Händen des Privatrechts entzogen und zu einer öffentlichen Angelegenheit werden.

Aus der Hürberger Lebkuchenindustrie.

Am 10. April fand im „Historischen Hof“ eine Versammlung statt, in der die Kollegen und Kolleginnen Stellung zu den gegenwärtigen Verhältnissen in der Industrie nahmen. Zu dieser Versammlung war Kollege Weidler, Hamburg, als Referent erschienen, der aus seiner langjährigen Praxis als Fabrikchefe in der Süßwarenindustrie ein erschöpfendes Bild entwarf über die Entwicklung dieser Industrie, über die schauerhaft niedrige Ent-

lohnung der dort Beschäftigten, und wie schwer es der Organisation möglich war, auch nur einigermaßen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse dort zu schaffen. In der Hand einwandfreien Materials konnte Weidler nachweisen, wie im Gegensatz hierzu die Industrie mächtige Fortschritte machte und in ungeahnter Weise sich zu teilweise riesigen Betrieben entwickelte. Dementsprechend waren auch die Gewinne als außerordentlich gute zu bezeichnen, was auch aus den Berichten der Aktiengesellschaften noch während des Krieges hervorging. Den riesigen Gewinnen gegenüber sind an Steuerzuschüssen usw. für die Arbeiterschaft, besonders im Verhältnis zu anderen Industrien, nur ganz geringe Bewilligungen in Erscheinung getreten. Der Stand der Industrie läßt sicher nach dem Kriege ein weiteres Vorwärtswirtschaften erhoffen, und es muß Aufgabe der Kollegenschaft sein, durch guten Ausbau der Organisation sich einen größeren Anteil in der Zukunft zu erringen.

Hierauf berichtete Kollege Lämmermann unter Hinweis auf die früheren Versammlungen und Berichte in der Verbandszeitung über die neueste Antwort der Herren von den Großbetrieben und brachte folgendes, vom 23. März datiertes Schreiben an die Lokalverwaltung zur Verlesung:

„Ja Beantwortung Ihrer gest. Zuschrift vom 8. dieses Monats sind wir weit entfernt davon, unsere Arbeiter zu behindern, mehr Lohn zu verdienen; andererseits aber, und hierin gehen wir mit Ihrer Auffassung vollständig einig, müssen die Arbeiter in unsere Betriebe wieder zurückkehren, wenn sie angefordert werden und wieder die Möglichkeit vorhanden ist, volle Beschäftigung und vollen Lohn zu finden, und können dieselben in diesem Falle wieder zu den alten Bedingungen eintreten. In unseren Ausführungen vom 27. Februar sollte lebhaft bemerkt werden, daß unsererseits die Wiederaufnahme bindend ist, andererseits aber keinerlei Verpflichtung besteht. Im übrigen können wir nur den Inhalt des erwähnten Schreibens vom 27. Februar vollumfänglich bestätigen und erübrigen sich dadurch in Vorschlag gebrachte weitere Ausführungen.“

Hochachtungsvoll
Heinrich Häberlein, F. G. Wegger, Gef. m. b. Haftung.
Heinr. Wegger.

Lämmermann bedauerte, daß die Herren in dieser schweren Zeit ihren Leuten jede Aussprache unmöglich machen und dieselben nun so lange hinhalten, bis die gänzliche Schließung der Betriebe zur Tatsache geworden ist. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten; es wurde bitter darüber geklagt, daß man die Leute so lange hinhalten hat. Vielen Kollegen wäre es vor Wochen noch möglich gewesen, passende Stellen zu bekommen, welche inzwischen von anderen Leuten besetzt wurden, so daß nunmehr die Kollegen infolge der gänzlichen Schließung der Betriebe gezwungen sind, jede Arbeit anzunehmen, auch wenn sie ihren körperlichen Fähigkeiten nicht entspricht. Die Herren müßten doch sicher noch besser als die Organisationsleitung und ihre Arbeiter über die tatsächlichen Verhältnisse informiert sein. — Nach einem fräftigen Appell, auch in neuen Arbeitsverhältnissen der Organisation treu zu bleiben, damit bei Wiederaufnahme der Betriebe die Kollegenschaft noch ebenso geschlossen und einig dastehen wie heute und gemeinsam ihre Interessen in verstärkter Weise wahren könne, wurde die Versammlung geschlossen.

Situationsbericht im Bezirk Hannover.

Eine der wichtigsten Aufgaben der in der Heimat zurückgebliebenen Kollegen, die die Verwaltungs geschäfte der Organisation führen, muß es sein, den Verkehr mit den im Felde stehenden Kollegen aufrechtzuerhalten. Dieses geschieht selbstverständlich am besten durch den regelmäßigen Verlauf der Zeitungen, in denen ja die Berichte der Zahlstellen, ihre Versammlungen usw. sowie das ganze Organisationsleben geschildert werden. So hat der regelmäßige Leser unserer Zeitung im Felde immerhin ein Bild seines Verbandes; aber durch die Länge des Krieges, durch die lange Abwesenheit einiger Kollegen aus der Heimat, wird es immerhin wünschenswert sein (wenn auch in kurzen Abrissen), wenigstens ab und zu in bestimmtem Rahmen ein Bild der Zahlstelle aber des Bezirkes zu geben, damit das Bild der Organisation für unsere Kollegen im Felde ein klareres wird.

Durch die enormen Preissteigerung der gesamten Lebensmittel, die ja geradezu eine märchenhafte Höhe während des Krieges erreicht haben, mußte es selbstverständlich erst einmal Aufgabe der Kollegen sein, ihre Löhne zu verbessern, um existieren zu können. Dieses geschah in Form

von Feuerungsanlagen, über welche ja stets von Zeit zu Zeit in der Zeitung berichtet wurde. Da diese Feuerungsanlagen betriebsweise erst einmal durch Vorstellern...

Table with 3 columns: Location, Zeugnader (Dienstag), Tischarbeiter. Rows include Hannoverische Brodfabrik (Sabag), Wittenbrodbäckerei (Gup), Wipshofener Brodfabrik (Firma Bruns), Wadenstedter Brodfabrik (Töpfer), Bornemann-Geisen, Wotshelber Brodfabrik (Firma Bendix).

Das wären die größten und wichtigsten Betriebe, die Gemeinlicher Brotfabrik ist ja geschlossen. Die Löhne sind also mit Feuerungszulagen um rund 33% pZt. gestiegen...

Die nicht es nur in den Konsumbäckereien innerhalb des Bezirkes aus? Hier waren ja vor dem Kriege die Löhne vorbildlich. Die Feuerungszulagen gestalsten sich aber auch ganz verschieden...

Table with 4 columns: Ort, Durchschnittliche Löhne, Feuerungszulage, Insgesamt Lohn. Rows include Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Haveln, Stadthagen, Alfeld.

Am liebsten haben also die Kollegen des Alfelder Konsumvereins abgeschrieben, die aber damit absolut nicht zufrieden sind, sondern weitere Verhandlungen wünschen...

In der Keks- und Schokoladenindustrie gestalten sich leider seit den letzten Wochen die Verhältnisse recht schwierig und zwingen uns, recht trübe in die Zukunft zu sehen. Das trifft ganz besonders für die Keksfabriken zu...

In Celle, wo wir in letzter Zeit recht rege Fortschritte machten, hat leider auch bei der Firma Sellhop ein größerer Teil unserer Kolleginnen aufhören müssen...

Nun noch zur Frauenarbeit! Es ist ja ganz selbstverständlich, daß sich diese durch die Knappheit der Männer enorm vergrößert hat und auch ein großer Teil der Frauen ihren Eingang in die Bäckereien gefunden hat...

Durch das Hilfsdienstgesetz werden sich einschneidende Wirkungen von noch unabsehbarer Tragweite auch in den nächsten Wochen fühlbar machen, wir werden nicht davon verschont bleiben, sondern im Gegenteil am meisten darunter zu leiden haben.

Der Kakaohandel.

Bei einer Betrachtung der Lage des allgemeinen Kakaomarktes und der Kakaovorräte in den Betrieben ist ja natürlich über den deutschen Markt nichts zu sagen...

Table with 5 columns: Product, 1913, 1914, 1915, 1916. Rows include Kakaopulver, Schokolade, Kakaobutter, Kakaoschalen, ionifizierter Abfall.

Nebenbei zeigt die kleine Zusammenstellung uns allerdings auch, wie in freundschaftlicher Weise die Holländer unsere Volksgenossen mit den wertvollen Kakaoschalen entgegenkommen sind...

25. März 1916 monatlich 1800 Tonnen, dann mit noch 100 Tonnen. Aber die Ausfuhr nach Deutschland hat im 1916 einen noch weit empfindlicheren Rückgang erlitten...

Das Inselreich selbst lebt dagegen in Kakaouberschuss und hat sich schon durch ein Einfuhrverbot für Kakaoborweiterer Uberschweemung retten müssen.

Diese Kalkulationen unserer Unternehmer werden, wenn der Friede nicht noch gar zu lange ausbleibt, wohl zutreffend sein. Der Handel wird und muß, sobald das Kriegsgeld erloschen ist, sich wieder seine Verbindungen suchen...

Zur Arbeitslage.

Wesentliche Verschiebungen des deutschen Wirtschaftslebens zeigten sich in den Monaten Februar und März, soweit ein Ueberblick möglich ist.

Nach den Nachweisungen der Krankenkassen an das Reichsarbeitsblatt ergab sich am 1. März dieses Jahres bei den in Beschäftigung stehenden Mitgliedern...

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden sind Ende Februar in 88 Verbänden mit 813.584 Mitgliedern 12.797 Arbeitslose gezählt worden...

Die Statistik der Arbeitsnachweise ergibt für die männlichen Personen ein geringes Steigen des Andranges...

Im Monat Februar (für März liegen Zahlen noch nicht vor) kamen bei den Männern auf je 100 Stellen 62 Arbeit suchende (gegen 61 im Vormonat)...

Die Berichte der Arbeitsnachweiserbände heben nichts Besonderes, keine erhebliche Abweichung der Arbeitslage...

Gebäcksausbeute aus einem Sack Mehl.

Ein wichtiges Gutachten erlieferte die Versuchsanstalt für Getreide-Verarbeitung, Berlin, Seestraße 11, in folgenden, an den Vorstand der Bäckervereinigung Berlin gerichteten Schreiben:

In Vereinbarung des dortigen Schreibens vom 20. November vorigen Jahres teilen wir Ihnen ergebend folgendes mit:

Es sollte ein Gutachten darüber abgegeben werden, welche Gebäcksausbeute aus einem Sack Brotmehl zu erzielen ist. Das den Vätern der Brotbäckervereine Berlin vom Magistrat gelieferte wird. Die Versuchsarbeiten am 2. und 10. Januar im Rahmen der Herren Schick und Werner der Berliner Junger und des Abteilungsleiters Herrn Dr. Hornet in der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung ausgeführt.

Es wurden 167 Brote erzielt. Danach betrug die Teigeausbeute 159,3, die Gebäcksausbeute 132,8, mithin der Ausbaderverlust 11,6 pZt.

Teigeinlage von 2150 g: Versuch I mit Brotmehl und 10 pZt. Weizenroggenmehl, Versuch II mit reinem Brotmehl. Das verwendete Brotmehl hatte den normalen Wassergehalt von 14,55 pZt.

Table for Versuch I: Brotmehl, Weizenroggenmehl, Weizenmehl, Weizenkleinmehl. Columns: Bruttogewicht, Sauggewicht, Nettogewicht.

Es wurden 167 Brote erzielt. Danach betrug die Teigeausbeute 159,3, die Gebäcksausbeute 132,8, mithin der Ausbaderverlust 11,6 pZt.

Table for Versuch II: Brotmehl, Weizenkleinmehl. Columns: Bruttogewicht, Sauggewicht, Nettogewicht.

Es wurden 175 Brote erzielt. Danach betrug die Teigeausbeute 162,3, die Gebäcksausbeute 135,5, mithin der Ausbaderverlust 11,6 pZt.

Ausbaderverlust 11,6 pZt. Die durchschnittliche Gebäcksausbeute der beiden Versuche betrug danach 134,1 pZt.

Wären demnach von der Behörde den Bäckern die Säcke mit 100 kg Nettogewicht zur Verfügung gestellt worden, so hätten aus 100 kg Gesamtmehl 134,1 kg Brot nach 24 Stunden gewonnen...

Die 134,1 kg Brote aus einem Sack zuzugewiesenen Mehl sind nur zu erzielen, wenn peinlich genau gearbeitet wird. Wie es ausnahmsweise nur bei den angeestellten Bäckern möglich war.

Die vorstehenden Versuche geben naturgemäß nur einen Anhaltspunkt für normale Mehle; bei normaler Feigführung und für ein normales, das heißt, wie es bei uns gebräuchlich ist, einmündiges Ausbacken...

Der Abteilungsleiter: (Unt.) Dr. Hornet. Wissenschaftlicher Leiter: (Ober.) Prof. Dr. Buchwald. Für die Nachfragen: Dr. Löffel.

preußen und in Baden trat ein Rückgang von Angebot und Nachfrage ein. Aus Württemberg und den Thüringischen Staaten wird berichtet, daß sich die Lage der Arbeitssuchenden beiderlei Geschlechts günstiger gestaltet.

Table with 5 columns: Landesegebiete, Arbeitssuchenden, Offenen Stellen, Besetzten Stellen, Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitssuchende. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Provinz Pommern, etc.

Aus der letzten Spalte der Tabelle ist ersichtlich, daß zwischen einzelnen Landesgebieten erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Andranges Arbeitssuchender bestehen.

In Berlin hatte das Rutschen und Schrippen der teilweise Arbeitslosigkeit im Gefolge; auch für das Königreich Sachsen und Bayern wird berichtet, daß die weiteren Beschäftigungsbeschränkungen, besonders in der Textilindustrie, die Arbeitslage ungünstig beeinflussen.

In einigen andern Gebieten, so insbesondere in Bremen, in Hessen-Nassau, im Rheinland, in Württemberg und in Oldenburg, hat sich dagegen wieder gute Beschäftigungslagen gezeigt.

Im allgemeinen betrachtet, ist die Arbeitslage für Bäcker und Konditoren nicht ungünstig, trotz dem Rückgang des Gewerbes infolge der Ein- und Beschränkungen.

In welcher Weise sich der Rückgang des Gewerbes geltend macht, weisen die Zahlen der Krankenkassen nach. Bei 160 Krankenkassen für Bäcker waren am 1. Februar 1917 27.056 männliche und 17.585 weibliche, zusammen 44.641 Mitglieder.

Table with 5 columns: Am 1. des Monats, Ortsklassen, Frauensklassen, 1916, 1917. Rows for Jan, Feb, Mar for male and female employees.

Besonders der Monat März zeigt (bei Orts- und Frauensklassen), daß ein Rückgang in der Beschäftigung eintrat. Bei den männlichen Beschäftigten tritt dieser Rückgang zwar nicht besonders hervor, um so mehr jedoch bei den weiblichen Beschäftigten.

Den vielfachen Versicherungen, die der Reichsanwalt im Verlaufe des Krieges in bezug auf eine Neuorientierung in der inneren Politik Preußens-Deutschlands vom Stapel ließ, ohne daß bisher seinen Worten die Tat gefolgt wäre, verheißungen, die somit mehr in der Luft schweben, weil ja auch ein deutscher Reichsanwalt seinen Boden unter den Füßen hat, ist jetzt durch einen Erlaß des

Reichsanwalt ein etwas höher zu bewertender Garantiefonds ausgestellt worden. Am Donnerstagabend ist mit einiger Feierlichkeit die Wahlrechtsreform für Preußen durch einen Regierungsakt angekündigt worden; der Kaiserliche Erlaß spricht aus, daß die bisherigen Verlegungen des Reichsanwalt in ihren Grundrissen die Billigung Wilhelm II. fanden, und daß der Reichsanwalt nunmehr beauftragt werde, bestimmte Vorschläge dem Staatsministerium vorzulegen.

Da der Erlaß die Gegengründung des Reichsanwalt trägt, gibt er sich also als ein Regierungsakt, der nicht so leicht wirkungslos verpuffen kann wie eine Ministerrede. Wir haben zwar auch über eine preußische Wahlrechtsreform schon Ehrenreden hören können, deren Vertreter aber niemand zu zweifeln heute daran, daß die Widerstände gegen jegliche Neuorientierung auf diesem Gebiete heute in ihrer Hauptstärke innerlich an Stärke ganz bedeutend eingebüßt haben.

Aber der Dittreilich wird bei den Massen des Volkes dennoch keine ungeprüfte Freude hervorgerufen, weil er einmal die Reformarbeit wieder bis zur Beendigung des Krieges verschoben wissen will, und zum ändern, weil er nur in Aussicht stellt, daß der Gesetzentwurf „unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzuziehen habe“.

Über-trotz allem wollen wir mit Genugtuung feststellen, daß die alten Grundrissen der Reaktion in Preußen ins Wasser gekommen sind und das Haus anfängt, wackeliger zu werden. Was übrig bleibt an unglücklichem Müßiggang wird das Volk im Laufe der Zeiten schon zu beseitigen wissen!

Volkspflege

Der nach einjährigem Bestand der Gesellschaft am 1. August 1914 vereinbarte Weltkrieg hat die im ersten Jahre glänzende Entwicklung des Geschäftszuwachses sich gestört. Waren bis Ende Juli 1914 schon 168.686 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von M. 31.531.186 eingebracht worden, so fiel die Zahl der Neuanträge naturgemäß in der ersten Zeit des Krieges auf ein Minimum.

Diese Zahlen ergeben die Tatsache, daß es nicht angebracht ist zu sagen, der Krieg mache die Werbearbeit für die Volkspflege unmöglich. Wo mit reichlichem Wagemut die Werbearbeit aufgenommen wird, sind auch Versicherungen abzuschließen, und nie ist die Zeit und die Notwendigkeit der Volkspflege für das arbeitende Volk von größerer Bedeutung gewesen, als in der stürmischen Gegenwart des langen Krieges.

Auszahlungen der Volkspflege waren im Jahre 1916 in 1744 Sterbefällen bedingungsgemäß zu leisten, wobei im ganzen M. 104.989,88 zur Auszahlung gelangten. In 318 Sterbefällen kam nach den Bedingungen die volle Versicherungsprämie im Betrage von M. 77.800 zur Auszahlung. In allen Kriegessterbefällen, in denen die Versicherung am Tage des Beginnes der Feindseligkeiten noch nicht sechs Monate bestand, werden bedingungsgemäß nur die eingezahlten Prämien zurückerstattet.

Die Zahl der zu erfüllenden Versicherungspflichten beträgt, wodurch sich die vereinbarte Versicherungssumme je nach der Länge der Versicherungsdauer erhöht. Bei der Volkspflege für den Kriegsjahre 1917 für 55.440 Kriegsteilnehmer 34.278 Anteilsscheine gekauft und dafür M. 421.690 eingezahlt worden, die restlos den Familien der bei der Kasse verstorbenen Kriegesopfer zufallen.

Die zahlreichen Kommandeure und Gemeindefunktionäre haben ihre ausmaršierten Angehörigen bei dieser Kriegesversicherungskasse versichert und damit den Familien der mit dem Tode ihres Ernährers betroffenen Angehörigen die finanzielle Hilfe aus dieser Kasse sichergestellt. Nach dem bis Ende Dezember 1916 gemachten Mitteilungen sind bei der Hauptverwaltung der Kriegesversicherungskasse im ganzen 1806 Kriegsteilnehmer als gefallen beziehungsweise verstorben gemeldet, für die 2528 Anteilsscheine gekauft waren.

Wärdten unsere Freunde, der sozialen Bedeutung der Volkspflege eingedenk, auch in Zukunft eifrig beizutreten, den Funktionen der Volkspflege unterstützend beizutreten; den Nutzen werden neben den Versicherten und der Volkspflege auch die Gemeindefunktionäre zu buchen haben.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachung des Reichsanwaltes

Auf Antrag der Bahnhalle Hannover wurde Hugo Schmitz (Buch Nr. 45.786) wegen Diebstahls aus dem Verbandsausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand: H. v. O. Mannmann, Vorsitzender.

Ordnung

Vom 1. bis 14. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Freiburg M. 125,92, Lüdenscheid 24,65, Mühlhausen 22, Götting 45,64, Offen 257,03, Pittau 12, Landsberg 8,20, Stendal 19,60, Coburg 16,64, Limbach 26,12, Landshut 117,34, Hirschberg 23,90, Bremen 256,70, Regensburg 28,45, Jünaue 30,40, Saarlautern 37,20, Augsburg 25,65, Bernburg 40,77, Riesa 25,50, Götting 121,03, Hof 10,60, Albstadt 133,10, Elmshorn-Heteren 15,65, Haderleben 5,80, Osterfeld 202,09, Weisau 11,52, Sulingen 237,09, Göttingen 19,50, Grimmlinghausen 21,53, Mainz 81,52, Fleisberg 84,92, Jork 8, Rudolstadt 16,60, Gerford 196,62, Lorch 23,79, Steinfurt 127,56, Sonneberg 31,68, Mühlhausen 27,84, Weisau-Döbeln 35,20, Zeitz 117,83, Dortmund 121,13, Magdeburg 661,03, Tangermünde 17,76, Frankfurt 497,38, Weisau-Reglar 12,07, Halle 326,06, München 911,28, Berlin 2363,69, Gera 75,24, Würzburg 40,52, Altdorf 30,80, Cottbus 6, Bad Neichenhall 12,60, Braunschweig 117,37, Darmstadt 55,05, Leipzig 707,15, Harburg 58,44, Chemnitz 360,02, Schweinfurt 26,77, Dresden 155,61, Weisau 19,45, Hannover 362,03, Plauen 28,40, Rosenheim 49,34, Regensburg 82,45, Ulm 41,77.

Für Februar: Weisau M. 6,73.

Für Februar und März: Weisau M. 36,10, Zahl 97,23.

Vom Einzelzahlern der Hauptkasse: W. Sch. M. 6,75, H. v. Kronach 8,40.

Für Abonnements und Annoucen: Magdeburg M. 3,60, München 6,90, H. v. Harburg 8,50, H. v. Harburg 3,60, Bitterfeld Altona 12.

Für „Gedächtnis der Bäcker- und Konditorenbewegung“ Halle M. 6.

Der Kassapflichter: H. v. M. Langhann.

Sterbetafel

Hamburg: Karl Haase, Otto Krüger.

Magdeburg: Robert Brose, Bäcker, 36 Jahre alt.

Kriegsverluste des Verbandes

Bezirk Krosnan: Fritz Graner (Waldenburg in Schlesien), in einem Feldlazarett an Nierenentzündung gestorben.

Bezirk Hamburg-Altona: Joh. Kost, gefallen am 21. März.

Oskar Rappenberg.

Bezirk Leipzig: Ernst Fiebiger, 42 Jahre alt, gefallen am 27. März.

Ehre ihrem Andenken!

Fahrbewegungen und Streiks

Bäcker. Die Dreijährige Vergütung in Oberfeld gewählt nun auch an die im Betriebe beschäftigten Kollegen die von der Reichsanwaltes-Vereinigung auf unser Geheiß gewährten M. 15 monatlicher Teuerungszulage, und zwar ebenfalls ab 1. März.

Merktungs hat es der Herr Fabrikant nicht für notwendig gehalten, der Leitung unserer Bahnhalle auf das Eruchen eine Antwort zu schicken, wie es anständigweise die übrigen Herren Fabrikanten geübt haben.

